

# Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 19. September 1990

## Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Cronenberg (Amsberg) (FDP)	9, 10	Müntefering (SPD)	11, 12
Diller (SPD)	2	Richter (FDP)	22, 23
Duve (SPD)	34, 35	Schreiner (SPD)	32, 33
Frau Garbe (DIE GRÜNEN)	25, 26	Sielaff (SPD)	18
Häuser (SPD)	1, 13	Stiegler (SPD)	16, 37
Hinsken (CDU/CSU)	24	Frau Walz (FDP)	20, 21
Dr. Hirsch (FDP)	7, 8	Dr. Wernitz (SPD)	27, 28
Jäger (CDU/CSU)	5, 6	Frau Wollny (DIE GRÜNEN)	29, 30
Kirschner (SPD)	14, 15	Frau Würfel (FDP)	4, 17
Dr. Kübler (SPD)	3, 36	Zierer (CDU/CSU)	31
Lowack (CDU/CSU)	19		

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten . . . . .	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit . . . . .	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr . . . . .	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit . . . . .	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen . . . . .	8

**Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern**

1. Abgeordneter  
**Häuser**  
(SPD)
- Wie ist sichergestellt, daß die Beschäftigten der Spiegelbehörden des Bundes in der DDR rechtzeitig von den zur Zeit laufenden und befristeten Ausschreibungen Kenntnis erlangen, insbesondere wie ist sichergestellt, daß die ehemaligen Mitarbeiter, die vor dem Beitritt aus politischen Gründen aus den Spiegelbehörden entfernt wurden, von diesen Ausschreibungen erfahren, und welche Spiegelbehörden in der DDR der obersten Bundesbehörden und deren Geschäftsbereiche werden bis Ende des Jahres 1990 weitergeführt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung**

2. Abgeordneter  
**Diller**  
(SPD)
- Warum erhalten Fluglärmgeschädigte in Niederbolheim (Flugplatz Nörvenich) eine Entschädigung nach Schadensstufe 5 (30%), Fluglärmgeschädigte in Gondorf (Flugplatz Bitburg) aber nur eine Entschädigung nach Schadensstufe 2 (15%), obwohl in den vom Bundesvermögensamt Trier übersandten Vertragsentwürfen den Betroffenen in Gondorf eine Lärmbelastung attestiert wird [„äquivalenter Dauerschallpegel von 77 dB (A) bis 81,5 dB (A) und mehr sowie gleichzeitig mindestens 20 bis 50 Lärmereignisse von 100 dB (A) und mehr pro Tag“], wie sie auch dem „Nörvenicher Urteil“ des BGH zugrunde liegt [76,5 bis 81,5 dB (A) bei etwa 50 Lärmereignissen von 100 dB (A) oder mehr]?
3. Abgeordneter  
**Dr. Kübler**  
(SPD)
- Wird die Bundesregierung im Hinblick auf die neue, friedliche Lage in Europa ihre Praxis aufgeben, Lagerorte von atomaren Waffen nicht bekanntzugeben, und wie ist in dieser Frage die Praxis in den Mitgliedstaaten der NATO?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation**

4. Abgeordnete  
**Frau  
Würfel**  
(FDP)
- Wie viele Postsendungen gingen 1988 und 1989 verloren, und wie viele davon blieben trotz Nachforschungen unauffindbar?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,  
Bauwesen und Städtebau**

5. Abgeordneter  
**Jäger**  
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung auch 1991 und darüber hinaus mittelfristig die finanzielle Förderung der Stadtsanierung im selben Umfang aufrechterhalten wie 1990, und trifft es zu, daß aus diesen Bundesmitteln im Jahr 1991 auch die neuen Bundesländer der DDR ohne Erweiterung des Finanzvolumens der Förderung bezuschußt werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz**

6. Abgeordneter  
**Jäger**  
(CDU/CSU)
- Wie lange wird es nach den Erkenntnissen der Bundesregierung noch dauern, bis die für den Schießbefehl, für die menschenrechtswidrigen Strafgesetze und Strafprozesse und für die unmenschlichen Zustände in den Haftanstalten der DDR verantwortlichen ‚Schreibtischtäter‘ der SED-Führung für ihre Verbrechen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden, und wie ist es nach Auffassung der Bundesregierung zu erklären, daß diese Strafprozesse in der DDR bis heute nicht stattfinden konnten?
7. Abgeordneter  
**Dr. Hirsch**  
(FDP)
- Hat die Bundesregierung oder eine ihr nachgeordnete Behörde die Vernehmungsprotokolle früherer RAF-Mitglieder veröffentlicht, oder wie erklärt sie sich sonst deren Veröffentlichung in zahlreichen Medien?
8. Abgeordneter  
**Dr. Hirsch**  
(FDP)
- Hält die Bundesregierung die Herausgabe der Protokolle an private Dritte für normal oder strafbar, und was gedenkt sie gegebenenfalls zu tun, um in Zukunft eine gleichmäßige Veröffentlichung aller polizeilichen oder staatsanwaltlichen Vernehmungsprotokolle bei interessanten Strafverfahren sicherzustellen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen**

9. Abgeordneter  
**Cronenberg**  
**(Arnsberg)**  
(FDP)
- Wie schätzt die Bundesregierung die Möglichkeiten der Treuhandanstalt in Ost-Berlin ein, den in Artikel 26 Abs. 4 des Staatsvertrages mit der DDR über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozial-

- union festgeschriebenen Zielen, wonach das volkseigene Vermögen vorrangig für die Strukturanpassung der Wirtschaft und für die Sanierung des Staatshaushaltes zu nutzen ist, gerecht zu werden, wenn – wie z. B. im Falle der Allianz-Beteiligung an der Deutschen Versicherungs-AG (DVAG) – keine Erlöse erzielt werden?
10. Abgeordneter  
**Cronenberg**  
**(Arnsberg)**  
(FDP)
- Wann kann die Bundesregierung sich konkret zur Höhe der weiterbestehenden Verbindlichkeiten aus dem staatlichen Versicherungsmonopol der DDR äußern, die von der neu gegründeten DVAG nicht übernommen wurden und die im Rahmen der DM-Eröffnungsbilanz festzustellen sind?
11. Abgeordneter  
**Müntefering**  
(SPD)
- Wie ist die Beantwortung meiner Frage nach Hilfen für Bauherren von selbstgenutztem Wohneigentum in der DDR (Drucksache 11/7761 S. 13) durch die Bundesregierung mit der Erklärung des DDR-Bauministeriums zu vereinbaren, daß als Ausgleich für hohe Zinsbelastungen der Eigenheimbauer 100 Millionen DM im zweiten Halbjahr 1990 zur Verfügung stehen?
12. Abgeordneter  
**Müntefering**  
(SPD)
- Ist die Erklärung des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Finanzen, Carstens, oder die Erklärung des DDR-Bauministers Viehweger (Presseinformation vom 24. August 1990) zutreffend, und wie will die Bundesregierung in dieser Angelegenheit 1991 verfahren?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

13. Abgeordneter  
**Häuser**  
(SPD)
- Warum lehnt es der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ab, für Personalrats- bzw. Hauptpersonalratsmitglieder seines Geschäftsbereiches Dienstreisen in die DDR zu genehmigen, die die Beratung der Beschäftigten (gemäß BMI Erl. I 4 – 11210032/1 vom 30. Juli 1990) zum Ziel haben?
14. Abgeordneter  
**Kirschner**  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, Bioöl aus heimischen Produkten nachwachsender Rohstoffe so zu fördern, daß es verstärkt als Hydraulik- und Schmieröl zum Einsatz kommt?
15. Abgeordneter  
**Kirschner**  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, durch Verordnung dafür zu sorgen, daß das umweltfreundliche Bioöl überall dort eingesetzt wird, wo durch den Betrieb von Maschinen konventionelles Öl an Grund und Boden abgegeben wird?

16. Abgeordneter  
**Stiegler**  
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Absatzlage der bundesdeutschen Imker, und was wird sie unternehmen, um zu verhindern, daß aus der DDR zu Dumping-Preisen auf den Markt geworfener Honig die Existenz bundesdeutscher, insbesondere auch bayerischer Imker gefährdet?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,  
Familie, Frauen und Gesundheit**

17. Abgeordnete  
**Frau  
Würfel**  
(FDP)
- In welchem Umfang und über welche Institute werden im Auftrag der für Gesundheitsfragen zuständigen Ministerien gegenwärtig und in den nächsten Monaten Erhebungen zur Sicherung der „Gesundheitsdaten“ der DDR-Bevölkerung gemacht?
18. Abgeordneter  
**Sielaff**  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, angesichts des Pflegenotstandes und der zu erwartenden katastrophalen Engpässe im sozialen Bereich Zivildienstleistenden die gleiche Möglichkeiten wie Bundeswehrangehörigen einzuräumen, so daß die freiwillige Verlängerung des Zivildienstes im Pflegedienst dann auch mit monatlich 1536 DM vergütet wird?
19. Abgeordneter  
**Lowack**  
(CDU/CSU)
- Trifft zu, daß Bundeserziehungsgeld und Landeserziehungsgeld Aussiedlern, die noch keinen Vertriebenenausweis erhalten haben, nur bis zum Ende des sechsten Lebensmonats des Kindes bezahlt wird, und wie vereinbart sich eine entsprechende Regelung mit der Tatsache, daß die Ausstellung von Vertriebenenausweisen in der Regel mindestens ein bis eineinhalb Jahre dauert?
20. Abgeordnete  
**Frau  
Walz**  
(FDP)
- Gibt es in der Bundesrepublik Deutschland Forschungsvorhaben über „Gewalt gegen Ältere“, die der Anwendung von Gewalt gegen ältere Menschen sowohl im familiären Pflegebereich als auch in stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen nachgehen?
21. Abgeordnete  
**Frau  
Walz**  
(FDP)
- Sind der Bundesregierung Untersuchungen über Gewalt gegen alte Menschen aus den Vereinigten Staaten von Amerika bekannt, die vor allem die Zusammenhänge zwischen aktiver/passiver Gewaltanwendung und der Überforderung des Pflegepersonals offenlegen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr**

22. Abgeordneter  
**Richter**  
(FDP)                      Wie hoch war der Anteil an verspäteten Intercity-Zügen in den letzten drei Monaten?
23. Abgeordneter  
**Richter**  
(FDP)                      Wo lagen die Ursachen für die Verspätungen, und auf welche Weise soll Abhilfe geschaffen werden?
24. Abgeordneter  
**Hinsken**  
(CDU/CSU)                Wann wird der Bericht des Vorstandes der Deutschen Bundesbahn zur Neuordnung des Gepäck- und Expressgutverkehrs vorliegen, und welche Konsequenzen werden ggf. im Hinblick auf die konkreten Verantwortlichkeiten sowie die geplanten Abhilfemaßnahmen ergriffen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

25. Abgeordnete  
**Frau Garbe**  
(DIE GRÜNEN)            Inwieweit trifft es zu, daß die Bundesregierung bestimmte Dioxin-Richtwerte zur Bodensanierung aus dem Maßnahmenkatalog des Bundesgesundheits- und Umweltbundesamtes (Stand: März 1990) revidieren will?
26. Abgeordnete  
**Frau Garbe**  
(DIE GRÜNEN)            Aus welchen Gründen soll insbesondere der Richtwert von 5 ng/kg TE für uneingeschränkte landwirtschaftliche Nutzung gestrichen werden?
27. Abgeordneter  
**Dr. Wernitz**  
(SPD)                      Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß einige Bundesländer Bodenschutzgesetze vorlegen, nachdem der Bund hier bisher untätig geblieben ist, und wie will die Bundesregierung eine bundeseinheitliche Regelung des Bodenschutzes sicherstellen?
28. Abgeordneter  
**Dr. Wernitz**  
(SPD)                      Wie beurteilt die Bundesregierung die Notwendigkeit, gesetzliche Regelungen zum Bodenschutz insbesondere zur Ausweisung von Bodenbelastungsgebieten, zu Melde- und Auskunftspflichten, zur Abwehr von Gefahren, zur Behebung von Schäden und zur Bodenüberwachung einzuführen, und wann wird sie einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen?

29. Abgeordnete  
**Frau Wollny**  
(DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung Aussagen im Bericht der Tagesthemen/ARD vom 13. September 1990 bestätigen, wonach die zulässigen jährlichen Strahlengrenzwerte im AKW Greifswald bei weitem überschritten werden, und hält die Bundesregierung angesichts der im Tagesthemen-Bericht aufgezeigten anderen gravierenden Sicherheitsmängel eine sofortige Stilllegung aller Reaktorblöcke in Greifswald für erforderlich?
30. Abgeordnete  
**Frau Wollny**  
(DIE GRÜNEN)
- Auf Grundlage welcher Sicherheitsbewertungen und Radioaktivitätsmessungen im AKW Greifswald kommt die Bundesregierung zu der Auffassung, daß nach der Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 die von der EG-Kommission geforderte sofortige Stilllegung der DDR-Reaktoren nicht zwingend geboten ist, und hält es die Bundesregierung für möglich, daß die vom Staatlichen Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz gelieferten Radioaktivitätsdaten nicht den Tatsachen entsprechen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen**

31. Abgeordneter  
**Zierer**  
(CDU/CSU)
- Ist im Rahmen von Umschulungs- oder sonstigen Maßnahmen die Möglichkeit gegeben, aus Mitteln der 12 Milliarden-Finanzhilfe den sowjetischen Soldaten oder ihren Angehörigen während ihres noch drei bis vier Jahre dauernden Aufenthalts bei uns Sprachunterricht in Deutsch anzubieten?
32. Abgeordneter  
**Schreiner**  
(SPD)
- Welche Schritte hat die Bundesregierung inzwischen unternommen, um die in der 210. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 10. Mai 1990 (vgl. Plenarprotokoll 11/210, S. 16509) in Aussicht gestellte einvernehmliche Aufhebung von Abschnitt II des Zusatzabkommens zum deutsch-iranischen Niederlassungsabkommen zu erreichen?
33. Abgeordneter  
**Schreiner**  
(SPD)
- Wann gedenkt die Bundesregierung die für den Fall einer nicht erreichbaren einvernehmlichen Aufhebung bereits in der Fragestunde vom 10. Mai 1990 signalisierte einseitige Kündigung des genannten Zusatzabkommens auszusprechen?



34. Abgeordneter  
**Duve**  
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, inwieweit die chilenische Regierung oder auch andere Verfassungsorgane der Republik Chile auf die herabsetzenden Äußerungen des ehemaligen Diktators und jetzigen Oberbefehlshabers der Armee Chiles, Gustavo Pinochet, reagiert haben?
35. Abgeordneter  
**Duve**  
(SPD)
- Liegt der Bundesregierung bereits eine Reaktion des Staatspräsidenten von Chile zu den absurden Äußerungen von General Pinochet über die deutsche Bundeswehr vor?
36. Abgeordneter  
**Dr. Kübler**  
(SPD)
- Wie ist die politische Beurteilung der Bundesregierung zu den Massenhinrichtungen in der Volksrepublik China, denen nach Angaben von amnesty international seit Beginn des Jahres mehr als 500 Menschen, unter ihnen auch politische Gefangene, ohne rechtsstaatlichen Prozeß zum Opfer fielen, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus im Hinblick auf die politischen, wirtschaftlichen und entwicklungs- hilfepolitischen Beziehungen zur Volksrepublik China?
37. Abgeordneter  
**Stiegler**  
(SPD)
- Wie ist der Stand der Verhandlungen der Bundesregierung über einen Generalvertrag mit der CSFR, und wird die Bundesregierung darauf drängen, daß mit der CSFR, mit Polen und mit Ungarn ein vergleichbarer Vertrag wie der mit der Sowjetunion abgeschlossen wird?

Bonn, den 14. September 1990





